

25. April 2017, 06:09 Private Krankenversicherungen

Privatpatienten in der Falle

- 8,8 Millionen Deutsche sind privat krankenversichert. Sie müssen mit stark steigenden Beiträgen rechnen.
- Um gut zehn Prozent kletterten die Beiträge im Durchschnitt zum Jahreswechsel, so stark wie noch nie.
- SPD, Grüne und Linke träumen schon lange von einer Bürgerversicherung, in der das Zwei-Klassen-System der Gesundheitsversorgung beendet wird.

Von Thomas Öchsner

Wenn private Versicherer ihren Kunden schreiben, verheißt dies oft nichts Gutes. Bei Franz Müller (*Name von der Redaktion geändert*) war der Brief im Februar in der Post. "Heute informieren wir Sie darüber, dass wir zum 1. April Ihren Beitrag anpassen müssen", schrieb ihm die Deutsche Krankenversicherung (DKV), einer der größten Anbieter im Land. Das liege, hieß es in dem Schreiben, "an den gestiegenen Krankheitskosten. Diagnose- und Therapiemethoden entwickelten sich immer weiter." Diese hätten ihren Preis. "Doch sie helfen Ihnen, schneller gesund zu werden."

Von einer Erhöhung der Beiträge war nicht die Rede, obwohl es genau darum ging. Müller muss nun genau 89,89 Euro mehr und damit 788,52 Euro pro Monat bezahlen. 13 Prozent mehr auf einen Schlag. Er macht sich deshalb große Sorgen und fragt sich: Wie soll ich das bezahlen, wenn der Beitrag in Zukunft immer weiter steigt?

Wie Sie bei der privaten Krankenversicherung sparen können

Der Ausstieg aus der privaten Krankenversicherung ist kaum möglich. Die hohen Kosten lassen sich aber trotzdem oft senken - wenn Sie einige Tipps beachten. Von Thomas Öchsner mehr ...

Diese Frage bewegt derzeit viele der knapp 8,8 Millionen Menschen, die voll privat krankenversichert sind und deren individuellen Beiträge sich nach ihrem Alter, Gesundheitszustand und den vereinbarten Leistungen richtet. Die meisten von ihnen haben bereits Ende 2016 ähnliche Standardbriefe im Briefkasten vorgefunden. Um gut zehn Prozent kletterten die Beiträge im Durchschnitt zum Jahreswechsel, so stark wie noch nie. Und noch nie traf es so viele. SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach sagt deshalb: "Die private Krankenversicherung wird für viele zur Falle und vor allem für Menschen mit niedrigem Alterseinkommen zu einem existenziellen Risiko."

Auch wenn im Brief der DKV nichts davon steht: Dass die Prämien immer höher steigen, liegt nicht nur am medizinischen Fortschritt, an höheren Kosten für Medikamente und

Behandlungen sowie steigenden Ausgaben für immer ältere Versicherte. Die Branche ist auch durch die niedrigen Zinsen unter Druck geraten.

An der Misere dürfte sich vorerst nichts ändern

Die privaten Versicherer legen für ihre Kunden jede Menge Geld zurück, damit diese im Alter, wenn sie häufiger beim Arzt oder im Krankenhaus sind, nicht ganz so hohe Prämien zahlen müssen. 233 Milliarden Euro solcher Altersrückstellungen haben sie am Finanzmarkt angelegt. Die Nettoverzinsung geht jedoch seit Jahren zurück. 2005 lag sie durchschnittlich noch bei 5,11 Prozent. 2015 waren es im Durchschnitt immerhin noch 3,7 Prozent. "Allerdings basiert dieser Erfolg vor allem auf höher verzinsten Anlagen aus früheren Jahren. Durch die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank sind die Erträge bei jeder neuen Geldanlage heute viel geringer", sagt der Sprecher des Verbands der Privaten Krankenversicherung (PKV). Dies müsse die PKV einkalkulieren. Was die Zinsen nicht mehr hergeben, müsse durch eine bessere Vorsorge, also höhere Beiträge ausgeglichen werden.

An dieser Misere dürfte sich vorerst nichts ändern: 2016 wird die durchschnittliche Verzinsung erneut leicht sinken, sodass viele Anbieter ihren Tarif neu kalkulieren und die Beiträge wieder erhöhen müssen. Der Vorsitzende des Bundes der Versicherten (BdV), Axel Kleinlein, hält die Situation der PKV daher längst für "außerordentlich problematisch". Die Anbieter müssten so kalkulieren, dass sie immer wieder Beitragserhöhungen verlangen müssen. "Das produziert zunehmend unglücklichere Kunden und verschreckt mögliche Neukunden", sagt Kleinlein.

Seit 2012 hat die PKV schon mehr als 200 000 Vollversicherte verloren. Junge, gesunde, zahlungskräftige Kunden binden sich weniger leichtfertig ganz an einen privaten Krankenversicherer. Hinzu kommt: Der Staat hat weniger Beamte eingestellt, die sich in der Regel privat versichern. Auch darunter leidet die Branche.

Kleinlein ist sich deshalb sicher, dass der politische Druck auf die private Krankenversicherung zunehmen wird, erst recht im bevorstehenden Bundestagswahlkampf. SPD, Grüne und Linke träumen schon lange von einer Bürgerversicherung, in der das Zwei-Klassen-System der Gesundheitsversorgung beendet wird und private und gesetzliche Versicherung zu einer Einheit zusammengeführt werden.

Die Bertelsmann-Stiftung ließ das auf Gesundheitsfragen spezialisierte Iges-Institut Anfang des Jahres schon mal vorrechnen: Demnach könnten Bund und Länder bis 2030 etwa 60 Milliarden Euro sparen, wenn der Staat nicht mehr über die Beihilfe die Krankheitskosten seiner privat versicherten Beamten und Pensionäre tragen müsste und die Staatsdiener stattdessen gesetzlich krankenversichert wären.

Verfassungsrechtlich steht die Abschaffung der PKV allerdings auf wackligem Boden: Der Deutsche Beamtenbund argumentiert, dass die Beihilfe "zum Gesamtpaket der

Alimentation von Beamten durch den Dienstherrn gehört". Hier zu kürzen, stehe dem Alimentationsprinzip entgegen, schrieb kürzlich auch Gregor Thüsing, einer der führenden Arbeitsrechtler in Deutschland. Man müsse den Vertrauensschutz beachten, wenn man in bestehende Vertragsbeziehungen eingreife. Für den Bonner Juristen ist klar: Ein Übergang zu einer Bürgerversicherung wäre "eine Frage sehr langfristiger Perspektive".

Kleinlein hält es ebenfalls für politisch äußerst schwierig, die Bürgerversicherung durchzusetzen. "Erstens fehlen dafür politische Mehrheiten." Zweitens gebe es für die praktische Umsetzung "noch keine wirklich überzeugende Strategie". Dies gelte nicht nur für die Frage, was das für die Alimentierung der Beamten bedeutet. Ungeklärt sei auch, was mit den Altersrückstellungen dann passiere. Der BdV-Chef glaubt deshalb nicht, "dass die Bürgerversicherung in absehbarer Zeit kommt".

So gibt man sich selbst im PKV-Verband bei dieser Frage betont gelassen: Es könne sein, dass die Verfechter eines Einheitssystems die Bürgerversicherung im Wahlkampf wieder einmal aufgreifen. "Doch dieser Ladenhüter dürfte auch diesmal wenig Anklang finden", sagt der PKV-Sprecher. Er verweist darauf, "dass die Zufriedenheit mit dem Gesundheitssystem heute historische Spitzenwerte erreicht". Zugleich warnt der Verband davor, Berichte über extreme Beitragserhöhungen zu verallgemeinern. Nur gut fünf Prozent aller privat Vollversicherten hätten 2013 überhaupt Beiträge von mehr als 600 Euro gezahlt, von den 60-Jährigen nur 1,6 Prozent, von den 80-Jährigen nur 0,2 Prozent.

Rückendeckung erhielt die PKV kürzlich vom unabhängigen Branchendienst Map-Report, der 17 private Krankenversicherer mit einem Marktanteil von 65 Prozent untersuchte. Bei diesen erhöhten sich die Beiträge seit dem Jahr 2000 um durchschnittlich jährlich 3,9 Prozent - das entspricht in etwa den Steigerungen in der gesetzlichen Krankenversicherung.

BdV-Chef Kleinlein sieht trotz solcher Zahlen die Zukunft der Branche düster: "Die private Krankenversicherung ist auf Dauer kein tragfähiges Geschäftsmodell", sagt er. Sie werde aber "vorerst irgendwie weiter existieren, auch wenn sie weder für Investoren noch für die Kunden derzeit sonderlich attraktiv ist".

Die Deutsche Krankenversicherung wirbt am Ende ihres Briefes an den Kunden Müller trotzdem mit dem Slogan: "Ich vertrau der DKV." Den allermeisten Versicherten wird auch gar nichts anderes übrig bleiben.

Arm und stumm

Menschen werden krank, weil sie arm sind - und sie werden arm, weil sie krank sind. Um diesen Kreislauf zu beenden, braucht es mehr als nur gute Ärzte. Reportage von Felix Hütten mehr...

URL: <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/private-krankenversicherungen-privatpatienten-in-der-falle-1.3476144>

Copyright: Süddeutsche Zeitung Digitale Medien GmbH / Süddeutsche Zeitung GmbH

Quelle: SZ vom 25.04.2017

Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über Süddeutsche Zeitung Content. Bitte senden Sie Ihre Nutzungsanfrage an syndication@sueddeutsche.de.